

Offener Brief an die Bundestarifkommission

Berlin, den 28.03.08

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wer zu Späth kommt, den straft das Leben. Wie nicht anders zu erwarten, ist der Schlichterspruch von Lothar Späth eine Gefälligkeitsempfehlung zugunsten der Arbeitgeber und für ver.di unannehmbar. Die erste Schlussfolgerung, die ihr daraus ziehen solltet, ist die ersatzlose Kündigung des Schlichtungsabkommens. Es darf keine Nachverhandlungen bzw. einen Abschluss auf der Grundlage dieses Spruches geben. Wir fordern Euch dringend auf: **beschließt Urabstimmung und einen bundesweiten Vollstreik zur vollen Durchsetzung aller beschlossenen Forderungen.**

200 Euro bzw 8 Prozent mehr für alle ist das Mindeste was in dieser Tarifrunde durchgesetzt werden muss.

Durch den TVöD und drei Nullrunden hat ein großer Teil der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes seit 2004 im Durchschnitt über 20% Reallohn verloren. 180.000 Kolleginnen und Kollegen von Bund, Ländern und Kommunen verdienten 2007 so wenig, dass sie Hartz-IV-Aufstockung in Anspruch nehmen mussten. Der öffentliche Schuldenabbau wurde zum Schuldenberg der KrankenpflegerInnen, MüllwerkerInnen und ErzieherInnen. Viele Beschäftigten kommen nur mit einem Zweitjob über die Runden. Nicht umsonst wurden in den Be-

trieben und unteren ver.di-Gliederungen teilweise auch höhere Forderungen aufgestellt nach 250 bis 350 Euro. Die Mindestanhebung um 200 Euro sollte gerade für die untersten Einkommensgruppen die dringend notwendige Erhöhung bringen. Für viele KollegInnen sind die 200 Euro bereits der Kompromiss. Die „soziale Komponente“ darf nicht auf jährliche Einmalzahlungen reduziert werden. Denn die Geringverdiener müssen ihre erhöhten Miet- und Stromrechnungen nicht einmal im Jahr, sondern jeden Monat bezahlen.

Es darf auch keine Kompensationen an anderer Stelle geben. Die Parole muss lauten „Schotten dicht bei Arbeitszeit und Eingruppierung“. Hier darf keinen Millimeter abgewichen werden.

Die Überleitungsregelung bei der Eingruppierung darf nicht offen bleiben, denn sonst kann jede jetzt erkämpfte Lohnerhöhung – oder mehr – mit einem Schlag durch neue Eingruppierung verloren sein.

Die Anhebung der Arbeitszeit von 38,5 auf 39,5 Stunden in der Woche würde die Vernichtung von mehreren zehntausenden von Arbeitsplätzen im direkten öffentlichen Dienst bei Bund und Kom-



munen bedeuten! Darüber hinaus hätte es Signalwirkung auf die gesamte Wirtschaft. Das ist politisch so gewollt. Im öffentlichen Dienst soll die Durchbruchschlacht zur 40-Stunden-Woche für die gesamte Wirtschaft geführt werden.

Der Arbeitgeberforderung nach einer Vereinheitlichung nach oben sollten wir die Forderung nach Vereinheitlichung nach unten – auf 38,5 Wochenstunden in Ost und West bei vollem Lohn- und Personalausgleich – entgegenstellen.

Diese Forderung muss in Zusammenhang mit unserer Forderung nach Übernahme aller Auszubildenden gestellt werden. So können wir in der Öffentlichkeit vermitteln, wir kämpfen nicht nur um mehr Lohn, sondern gleichzeitig dafür, dass die Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz haben, die Arbeitslosen die auf der Straße stehen, die Ein-Euro-Jobber und die Befristeten eine berufliche Perspek-

Netzwerk
für eine kämpferische und demokratische



Infos, Kontakt und ViSdP: Angelika Teweleit, Emser Str. 78, 12051 Berlin, info@netzwerk-verdi.de

www.netzwerk-verdi.de

tive bekommen. Wir könnten auch erklären, dass zum Beispiel mit einer 35-Stunden-Woche bei Bund und Kommunen 200.000 Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, also Arbeitszeitverkürzung anstatt Verlängerung nötig ist, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die LokführerInnen haben mit einem entschlossenen Kampf 11% mehr Lohn und obendrauf noch eine Stunde Arbeitszeitverkürzung erkämpft. An diesem Erfolg müssen wir uns orientieren. Und ver.di ist größer und potenziell mächtiger als die GDL.

Auch alle anderen gestellten Tarifforderungen müssen durchgesetzt werden. Die Laufzeit muss nach 12 Monaten enden, weil wir die Landesbeschäftigten 2009 nicht isolieren und Politiker und Parteien im Jahr der Bundestagswahl nicht von einer Tarifein- andersetzung im öffentlichen Dienst verschonen dürfen.

Enorme Kampfbereitschaft und Sympathie in der Bevölkerung

Die beiden Warnstreikwellen haben eine enorme Kampfbereitschaft gezeigt. Und wir haben in dieser Tarifrunde eine ungeheure ökonomische Kampfkraft. Der Lokführerstreik 2007 hat der Wirtschaft einen täglichen Verlust von 50 Millionen Euro gekostet. Wir erinnern daran, dass der 24-stündige Streik am Frankfurter Flughafen im ÖTV-Streik 1992 40 Millionen DM Schaden verursacht hat. Allein mit dem Bestreiken der Flughäfen, der Binnenschifffahrt und des Nahverkehrs haben wir ein weitaus höheres Druckmittel als die Lokführer.

Und es gibt auch keinen Zweifel darüber, dass das Geld für unsere Lohnerhöhungen vorhanden ist. Holen wir es bevor es verzockt wird für weitere milliardenschwere staatliche Subventionen an Ban-



ken, die sich verspekuliert haben. Bei den Warnstreiks ist deutlich geworden, dass es aufgrund der Verzichtspolitik in den letzten Jahren eine große Skepsis und viel Misstrauen in ver.di gibt. Viele unserer Mitglieder geben ver.di mit dieser Tarifrunde eine letzte Chance und sagen offen, dass sie weg sind, wenn wieder nichts dabei rüberkommt. Spätestens seit dem Lokführerstreik weiss jede/r, dass es auch anders geht.

Wir haben die Chance diese Tarifrunde zu nutzen, um endlich einen Kurswechsel durchzusetzen und einen bedeutenden materiellen und politischen Erfolg zu erzielen. Lasst Sie uns nutzen. Stellt die Weichen auf **Vollstreik bis zur Durchsetzung unserer Forderungen**. Lasst Euch nicht auf die Vorbereitung eines faulen Kompromisses ein. Setzt Euch dafür ein, dass die Mitglieder die Kontrolle über den Streik bekommen. Dies ist durch die demokratische Wahl von Streikleitungen auf allen Ebenen und ihre Vernetzung möglich. Und ohne mehrheitliche Zustimmung der Mitglieder darf es keinen Streik-Abbruch und keinen Abschluss geben. Fordert ein, dass der öffentliche Dienst auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene fachbereichsübergreifend

zusammengefasst wird durch regelmäßige Vertrauens- und Funktionärskonferenzen. Auf diesen Versammlungen solltet Ihr regelmäßig über den Stand der Verhandlungen und die Diskussionen in der BTK berichten und so gläserne Verhandlungen garantieren. Darüber hinaus ist es notwendig, dass alle Bereiche, mit denen ver.di derzeit in Tarifein- andersetzungen steht, gemeinsam streiken, gemeinsame Kundgebungen und Demonstrationen organisieren und sich gegenseitig unterstützen. **Als Auftakt für den Streik schlagen wir einen bundesweiten Streik- und Protesttag für alle Beschäftigten, die sich in Tarifein- andersetzungen befinden, vor.** Ver.di organisiert die große Mehrheit von ihnen, die anderen Gewerkschaften sollten dazu aufgefordert werden, sich dem anzuschließen.

Beschließt eine politische Kampagne mit Streikzeitungen und Massenflugblättern um die Lügen und die Propaganda der Arbeitgeber und ihrer Medien zu widerlegen. Fordert von den DGB-Gewerkschaften den gemeinsamen Kampf mit anderen Tarifrunden und die aktive Unterstützung für den öffentlichen Dienst – bis hin zu Solidaritätsstreiks ein.

Netzwerk
für eine kämpferische und demokratische



Infos, Kontakt und ViSdP: Angeli-
ka Teweleit, Emser Str. 78, 12051
Berlin, info@netzwerk-verdi.de

www.netzwerk-verdi.de